

Hochschulranking - Der Trick mit den Schrottkarren

Die deutsche Politikwissenschaft verweigert sich dem Vergleich ihrer Studiengänge – und torpediert damit eigene Standards.

Es ist eine der wichtigsten Entscheidungen überhaupt: Wo studiere ich? Wo investiere ich mein Geld (oder das der Eltern) und meine Lebenszeit in eine Ausbildung, die den Rest des Lebens prägt? Wer nicht gerade ein Experte ist, kann kaum herausfinden, welche Hochschulen in welchen Fächern wie gut aufgestellt sind. Das [Ranking des Centrums für Hochschulentwicklung](#) (CHE), das von der Bertelsmann Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz getragen wird, will seit Jahren genau diese Orientierung bieten: Es deckt heute 37 Fächer ab und stützt sich auf Erhebungen unter mittlerweile 250.000 Studierenden und auf regelmäßige Reputationsbefragungen unter den Professorinnen und Professoren (die *ZEIT* veröffentlicht das Ranking regelmäßig; *Anm. d. Red.*).

Ganz so einfach ist das aber nicht. Es gibt auch berechtigte Kritik. Viele Wissenschaftler sehen Schwächen im Messkonzept des Rankings, vor allem implausible Indikatoren und unklare Repräsentativität. Diese Kritikpunkte sind weitgehend unstrittig und Gegenstand ausgeprägter Diskussionen. Einige Fachvereinigungen, darunter inzwischen auch die Vorstände der [Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft](#) (DVPW) und der [Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft](#) (DGfP), haben daher den ihnen fachlich zuzurechnenden Instituten und Fachbereichen in Deutschland empfohlen, ihre Beteiligung an der nächsten Runde des CHE-Rankings auszusetzen. Natürlich sollten gerade die empirischen Sozialwissenschaften die Diskussion um Schwächen besonders intensiv führen. Aber sich ganz daraus zurückzuziehen ist der falsche Weg.

Gerade Sozialwissenschaftler wissen, dass sich Messinstrumente in der Praxis bewähren und dass sie durch die Praxis verbessert werden müssen. Immerhin will man nun mit dem [Centrum für Hochschulentwicklung](#) Gespräche führen in der Hoffnung, "substantielle Verbesserungen" zu erreichen. Davon will man die Empfehlung zu einer künftigen Beteiligung oder zu einem künftigen Boykott abhängig machen.

Eigentümlich nur: Die Maßstäbe der Kritik an der Validität und Objektivität der CHE-Messungen wollen die politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen für ihre eigenen Bewertungen offenbar nicht gelten lassen. Denn was ist von Aussagen über die Qualität eines Messinstruments zu halten, die von Betroffenen stammen? Und zwar von mehrheitlich negativ Betroffenen? Bei jeder Art von Ranking bilden diejenigen, die weniger gut abschneiden, zwangsläufig die Mehrheit der jeweils erfassten Fachbereiche und Institute. Es kann nicht überraschen, dass das Interesse dieser Mehrheit an der Fortexistenz des Ranking-Verfahrens gedämpft ist. Erstaunlich sind nicht die hier wirkenden Fluchtreflexe, erstaunlich ist, dass die Fachvereinigungen ihnen nachgegeben haben. Darin liegt eine spezifische Art des Institutionenversagens, die man hätte vorhersehen können und die man hätte abwenden müssen.

Auf fast allen Märkten weiß der Anbieter besser Bescheid als der Abnehmer

Dabei wäre das eigene sozialwissenschaftliche Fachwissen hilfreich gewesen, wenn man es denn hätte nutzen wollen. Auch in der Politikwissenschaft ist die Arbeit des Ökonomie-Nobelpreisträgers George Akerlof mit dem Titel *The Market for Lemons* geläufig, zu Deutsch etwa so viel wie "Der Markt für Schrottkarren" oder eben schlechte Gebrauchtwagen. Akerlofs einfache, aber folgenreiche Entdeckung: Auf fast allen Märkten für Güter oder Dienstleistungen weiß der Anbieter besser Bescheid als der Abnehmer. Aus dieser Informationsasymmetrie resultiert eine moralische Versuchung (*moral hazard*), den Abnehmer zu übervorteilen. Gelingt dies, ist das nicht nur für den einzelnen Nutzer von Gütern oder Dienstleistungen von Nachteil, es setzt auch die Qualitätskontrolle durch Wettbewerb außer Kraft. Zahlt der Abnehmer mangels Wissen für ein Gut

minderer Qualität einen überhöhten Preis, ermöglicht dies dem Anbieter, ehrliche Wettbewerber aus dem Markt zu drängen. Wer mehr in die Qualität investiert, kann sich nicht darauf verlassen, die damit verbundenen höheren Kosten über höhere Preise wieder hereinzuholen, wenn dem Abnehmer hinreichende Informationen über die Produktqualität gar nicht zur Verfügung stehen. So entsteht Marktversagen. Die Verdrängung qualitätsorientierter Anbieter durch den Marktmechanismus, der doch eigentlich das Gegenteil bewirken sollte, nennt man seit Akerlof "adverse Selektion": Bekommt man die Informationsasymmetrien nicht in den Griff, begünstigt der Wettbewerb das Mittelmaß.

Vermutlich aus diesem Grund haben sich öffentliche Bewertungen der Leistungen von Hochschulen, die in Rangfolgen (Rankings) münden, zunächst dort entwickelt, wo die Anbieter hohe Preise verlangen. Eltern amerikanischer Studierender, die [mehrere Zehntausend Dollar pro Jahr an Studiengebühren](#) entrichten müssen, wollten irgendwann wissen, ob die Ausbildung ihrer Kinder ihr Geld auch wirklich wert ist. Daraus entwickelte sich ein Markt für Zeitungsverlage, die Rankings organisierten. Das Flaggschiff dieser Bewegung ist das jährliche College Ranking von *U.S. News and World Report*. Auch hier gibt es Diskussionen über Messkonzepte und Objektivität. Amerikanische Fachleute sind da, um es milde zu sagen, nicht zimperlicher als ihre deutschen Kollegen. Aber keinem College und keiner wissenschaftlichen Fachvereinigung würde es einfallen, aus dem Ranking-Verfahren auszusteigen oder einen solchen Schritt zu empfehlen. Das wäre gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, nicht wettbewerbsfähig zu sein.

Hier liegt das Versagen der Vorstände der politikwissenschaftlichen Fachvereinigungen in Deutschland. Eine Mehrheit zur Diskreditierung eines Rankings, bei dem nur eine Minderheit zu den Gewinnern zählen kann, lässt sich leicht mobilisieren. So wird es im Fall der politikwissenschaftlichen Institute und Fachbereiche auch kommen, die nun zu einem "Moratorium" eingeladen wurden. Zehn Institute haben bereits beschlossen, der Empfehlung ihrer Fachverbände zu folgen und sich am CHE-Ranking "zunächst" nicht weiter zu beteiligen. Ein weiteres Institut hatte denselben Beschluss bereits unabhängig davon vor drei Jahren gefasst. Die Universitäten Hamburg und Lüneburg haben sich insgesamt aus dem Ranking-Verfahren verabschiedet. Lediglich drei politikwissenschaftliche Fachbereiche haben beschlossen, der Empfehlung ihrer Fachverbände nicht zu folgen und auch künftig am CHE-Ranking teilzunehmen. Zwei davon gehören seit Beginn der Ranking-Praxis dauerhaft zur Spitzengruppe.

Die Benachteiligten sind die gut bewerteten Institute und ihre Studenten

Dass die Mehrheit der Institute den Weg des geringeren Widerstandes wählt und sich einer öffentlichen Bewertung der Qualität ihrer Leistungen in Forschung und Lehre nicht länger aussetzen will, folgt der Logik der moralischen Versuchung, die nach Akerlof mit Informationsasymmetrien einhergeht. Warum sollte das Interesse der weniger gut gerankten politikwissenschaftlichen Institute an Transparenz größer sein als das geschäftstüchtiger Gebrauchtwagenverkäufer? Das eigentliche Problem ist das Verhalten der Verbandsvertreter: Sie hätten verhindern müssen, dass aus moralischer Versuchung adverse Selektion wird. Stattdessen haben sie sich von der unvermeidlichen Mehrheit der weniger gut gerankten Institute vereinnahmen lassen, die nun den Ton angeben. Das mündet in einen Kurs der Intransparenz zulasten Dritter. Die Benachteiligten sind die besser bewerteten Institute und namentlich all diejenigen, die an möglichst vollständiger Information über die Qualität von Politikwissenschaft in Forschung und Lehre interessiert sind, insbesondere Studierende.